

Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik –

Vorsitzender:	Prof. Dr. Erhard Kantzenbach, HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg
Stellvertr.	
Vorsitzender:	Prof. Dr. Dr. h. c. Dr. h. c. Dr. h. c. Dieter Schneider, Universität Bochum
Schatzmeister:	Prof. Dr. Otmar Issing, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.
Geschäftsführer:	Dr. Otto G. Mayer, HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg
Geschäftsstelle:	c/o HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung, Neuer Jungfernstieg 21, D-20354 Hamburg, Tel. (040) 35 62 308

Ausschuß für Außenwirtschaftstheorie und -politik

Am 13./14.05.94 fand in Paderborn die Jahressitzung des Ausschusses für Außenwirtschaftstheorie und -politik statt, auf der neuere Entwicklungen in beiden Bereichen diskutiert wurden. Die örtliche Vorbereitung hatte Professor *Wilfried Fuhrmann* übernommen. Es sprachen:

Prof. *Paul Welfens* (Universität Münster) über „Außenwirtschaftliche Liberalisierung als Element der Systemtransformation in Osteuropa“

Prof. *Peter Bofinger* (Universität Würzburg) über „Die internationale Wettbewerbsfähigkeit ganzer Volkswirtschaften: Ein Phänomen auf der Suche nach einer Theorie“;

Prof. *Günter Gabisch* (Universität Göttingen) über „Zur Rolle der Neuen Wachstumstheorie für die Außenhandelstheorie“

und

Dr. *Witt* (Leiter des Büros der Delegation für die multilateralen Handelsverhandlungen, ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, Genf) über „Deutschland und EG auf dem Weg zur Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation“.

Paul Welfens zeigte die vielfältigen Probleme, die sich für die Handelsbeziehungen, den Kapitalverkehr und insbesondere auch die Direktinvestitionen der frühen Ostblockstaaten mit Ländern der gleichen Gruppe, insbesondere aber mit westlichen Industriestaaten ergeben, wobei unterstellt wurde, daß die europäischen Länder den Übergang zur Marktwirtschaft verfolgen. Ohne eine interne Stabilisierungspolitik und eine Förderung der technologischen Wettbewerbsfähig-

keit wird die Integration nicht zu erreichen sein, Wachstumshemmnisse sind u.a. das Fehlen von Schumpeterschen Unternehmern.

Peter Bofinger bedauerte, daß güterwirtschaftliche und monetäre Außenwirtschaftstheorie sich nebeneinander entwickeln, statt gegenseitig Impulse auszustrahlen. Da die güterwirtschaftliche Analyse von ausgeglichenen Leistungsbilanzen ausgeht, kann sie den Zusammenhang der weitgehend von internationalen Kapitalbewegungen bestimmten Wechselkursveränderungen und der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes nicht ergründen. Die Bundesrepublik sieht sich der Gefahr gegenüber, daß massive Aufwertungen ihre Exportfähigkeit und damit ihr Wachstum beeinträchtigen.

Günter Gabisch untersuchte den Beitrag der neuen Wachstumstheorie zur neuen Außenhandelstheorie. Entscheidend sind Endogenisierung des technischen Fortschritts und die Berücksichtigung steigender Skalenerträge. Hierdurch wird im Gegensatz zur traditionellen Außenhandelstheorie erreicht, daß internationale Wirtschaftsbeziehungen nicht nur das Wachstumsniveau, sondern auch die Wachstumsrate verändern. In einem Zwei-Güter Modell (Konsum- und Investitionsgüter) ist für das ökonomisch kleine Land eine vollständige Spezialisierung auf dem Sektor mit der höheren Skalanelastizität zu erwarten. Die Wachstumsrate kann sich sowohl bei einer Spezialisierung auf das Konsum- wie auf das Investitionsgut erhöhen.

Peter Witt hat den mühsamen Prozeß der Uruguay-Runde nachgezeichnet. Die gegenüber dem GATT zu verzeichnende Erweiterung des Aufgabenbereiches kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß zahlreiche Ausnahmebestimmungen und Anpassungsfristen den Weg zu einer echten multilateralen Liberalisierung noch mühsam werden lassen. Von besonderem Interesse ist, daß auch in der Welthandelsorganisation z.B. die Bundesrepublik – wie schon im „Provisorium“ GATT – quasi zweifach vertreten ist: einmal als Mitglied der eine gemeinsame Außenhandelspolitik vertretenden Europäischen Union und zum zweiten als Bundesrepublik Deutschland direkt.

Die nächste Tagung des Außenwirtschaftsausschusses findet vom 26.-27.05.95 in Göttingen statt, wofür *Professor Gabisch* die örtliche Vorbereitung übernommen hat.

Prof. Dr. H.-J. Heinemann, Hannover

Ausschuß für Außenwirtschaftstheorie und -politik

Die Mitgliederversammlung fand am Samstag den 26.5.1995 in Göttingen statt. Es wurde Herr Prof. Dr. *Paul J. J. Welfens* (Potsdam) kooptiert. Als neue Vorsitzende wählte die Mitgliederversammlung einstimmig Frau Prof. *Helga Luckenbach*. Der Mitgliederversammlung ging das wissenschaftliche Programm voraus, in dem als Gäste

Prof. Dr. *v. Hagen* (Mannheim) zu dem Thema „Central Bank Constitution for Federal Monetary Unions“;

Prof. Dr. *Frenkel* (Vallendar) zu dem Thema „Die deutsche Wiedervereinigung: Ein intertemporaler Ansatz“;

Prof. Dr. *Th. Tivig* (Rostock) zu dem Thema „Zur Mikrofundierung der J-Kurve“;

Prof. Dr. *Gries* (Paderborn) zu dem Thema „Catching-up and Structural Adjustment“;

Prof. Dr. *Berthold* (Würzburg) zu dem Thema „Regionalismus, Multilateralismus und GATT“

sprachen.

Die örtliche Vorbereitung lag in den Händen von Prof. *G. Gabisch*, dem der Ausschußvorsitzende für die in jeder Hinsicht geglückte Durchführung dankte.

Die nächste Sitzung wird vom 17. - 18. Mai 1996 in Tübingen stattfinden (Thema soll wiederum „Neuere Entwicklungen in Außenwirtschaftstheorie und -politik“ sein; örtliche Vorbereitung Prof. *H.-G. Preuße*).

Prof. Dr. H.-J. Heinemann, Hannover

Ausschuß für Geldtheorie und Geldpolitik

Es gibt derzeit wohl kaum einen anderen Gegenstand, der die Finanzmärkte und Bankaufsichtsbehörden intensiver beschäftigt als die Finanzinnovationen, hier speziell die Derivat-Geschäfte. So kam es nicht von ungefähr, daß auch der Ausschuß für Geldtheorie und Geldpolitik dieses Thema auf der Tagesordnung seiner 26. Sitzung im Studienzentrum Gerzensee (Schweiz) am 24. und 25. Februar 1995 setzte. Unter dem Rahmenthema „Finanzmärkte, Finanzinnovationen und Geldpolitik“ wurden sechs Referate zur Diskussion gestellt. Ausgangspunkte waren die Unterschiede in den nationalen Finanzmärkten, das rasche Vordringen neuer Finanzprodukte, Methoden des Risiko-Managements von Derivaten und neuere Initiativen der Aufsichtsbehörden, deren Implikationen für die Geld- und Makropolitik sowie für die Bankenaufsicht analysiert wurden.

Mit seiner Untersuchung über „Unterschiede in den nationalen Finanzstrukturen und ihre makroökonomische Bedeutung“ ging Dr. *Horst Bockelmann* (BIZ, Basel) der in Makromodellen durchweg vernachlässigten Frage nach, ob und inwieweit unterschiedliche nationale Finanzstrukturen im monetären Transmissionsprozeß und damit für die Effizienz der Geldpolitik eine Rolle spielen. Die Untersuchung stützte sich auf eine Erhebung der BIZ bei 14 Zentralbanken bezüglich Art und Konditionen der „typischen“ Kreditfinanzierung des privaten Sektors. In Zinsübertragungssimulationen wurden die Wirkungen auf das reale BIP, die Inflationsrate und die kurzfristigen Kreditzinsen analysiert. Die Transmissionsergebnisse wiesen deutliche Unterschiede auf, je nachdem ob länderspezifische Zentralbankmodelle oder Ansätze mit einheitlicher Methodik zugrunde gelegt wurden. Ein weiteres Ergebnis war, daß in Ländern mit einer Dominanz der kurzfristigen Zinsen für alle Kreditmärkte zwar eine erhöhte Durchschlagskraft der Geldpolitik zu verzeichnen war, die jedoch keineswegs mit einer erfolgreicheren Inflationsbekämpfung einherging. Insbesondere an diesem Punkt entzündete sich die Diskussion: Nicht nur wegen der bekannten Time-Lag-Probleme sei eine erhöhte Durchschlagskraft der Geldpolitik via kurzfristige Finanzstrukturen skeptisch zu beurteilen, sondern auch wegen des dann zwangsläufigen Drucks auf einen kurzfristig-konjunkturpolitischen Einsatz der Geldpolitik und des damit verbundenen Dilemmas zwischen stabilitäts- und verteilungspolitischen Wirkungen.

Seinem Referat über „Die makroökonomischen Implikationen der Eigenkapitalanforderungen für Banken“ stellte Prof. Dr. *Martin Hellwig* (Basel) zwei Szenarien voran. Erstens hätten höhere Eigenkapitalanforderungen für Banken möglicherweise die Krise der Savings and Loan Associations in den USA verhindert; dagegen könnten zweitens die durch das Baseler Abkommen von 1988 international verschärfte Anforderungen mit zum „Credit Crunch“ beigetragen haben. Vor diesem ambivalenten Hintergrund und anstehender weiterer Reformen zur Bankenregulierung untersuchte der Autor in einer theoretischen Studie den bislang makroökonomisch noch völlig ungeklärten Zusammenhang zwischen der Kreditgewährung und der Eigenkapitalausstattung der Banken. Aus seinem Makromodell leitete er die Schlussfolgerung ab, daß verbindliche Eigenkapitalanforderungen gesamtwirtschaftliche Fluktuationen immer dann verstärken, wenn durch negative Schocks der aggregierten Nachfrage die Schuldendienstleistungsfähigkeit der Unternehmen sinkt. Dadurch komme es nicht nur zu einer Verringerung des Eigenkapitals der Banken, sondern wegen der strikten Eigenkapitalanforderungen auch der Kreditgewährung und damit der Investitionstätigkeit. In der Diskussion wurde bezweifelt, ob es für derartige „prozyklische“ Effekte hinreichende empirische Evidenz gäbe. Vielmehr wurde die Gegenthese aufgestellt, daß für die Reaktion der Banken auf exogene Schocks zentrale Faktoren, wie ihre Ertragslage und Marktposition, maßgeblich(er) seien. Die Diskutanten brachten aber auch zum Ausdruck, daß mit der Eigenkapitalregulierung ein hohes Maß an Willkür verbunden sei, was zur Suche nach neuen, sinnvolleren Kriterien der Risikobegrenzung inspirieren müsse.

In einer vergleichenden Studie für England und Deutschland („Financial Innovation, Monetary Aggregates and Monetary Policy in the UK and Germany“) testeten Prof. Dr. *Werner Gaab* (Essen) und Prof. Dr. *Andy Mullineux* (Birmingham) die relative Überlegenheit von einfachen Geldmengenaggregaten und Divisia-Indizes (monetäre Konstrukte, gewichtet mit dem Grad der monetären Serviceleistungen der verschiedenen Geld- und Finanzaktiva). Ziel der Tests war es, ihre Aussagekraft als Indikatoren und Zwischenziele der Geldpolitik zu überprüfen. Im Unterschied zu Deutschland ergaben die Testergebnisse für England, daß dort wegen des wesentlich rascheren und umfassenderen Vordringens neuer Finanzprodukte eine Neuorientierung der Geldpolitik an Divisia-Indizes (DI) als den verlässlicheren Indikatoren geboten war. In „normalen“ Zeiten, so wurde in der Diskussion festgestellt, hätten Geldmengenaggregate und DI sehr ähnliche Verlaufseigenschaften (Deutschland, Schweiz). Bei starken Veränderungen der Finanzmärkte bzw. -strukturen sei der Informationsgehalt von DI jedoch wesentlich höher, allerdings sei deren (geldpolitische) Steuer- und Kontrollierbarkeit schwerer zu handhaben. Hinzu käme, daß DI sehr komplizierte Konstrukte seien, deren geldpolitische Anwendung in der Öffentlichkeit auf Akzeptanzprobleme stoßen könnte.

Mit den Implikationen der zunehmenden Verbreitung von Finanzderivaten für die Geld- und Währungspolitik beschäftigte sich das Referat („Derivate und Geldpolitik“) von Prof. Dr. *Otmar Issing* und Dr. *Karlheinz Bischofberger* (Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.). Der Beitrag skizzierte zunächst die grundlegenden ökonomischen Funktionen und Eigenschaften von Derivaten. Im Mittelpunkt der nachfolgenden Analyse standen deren Auswirkungen auf die Funktionsweise der Finanzmärkte, die realwirtschaftliche Aktivität und Inflationskontrolle, auf den Transmissionsprozeß (einschl. Wechselkurse und Devisenmarkt) sowie auf die konzeptionellen und instrumentellen Grundlagen der Geldpolitik. Ambivalent war die Beurteilung mit Bezug auf die Finanzmärkte: Derivate führten zwar aufgrund ihrer effizienteren (globalen) Risikoverteilung prinzipiell zu einer höheren Stabili-

tät, könnten aber auch (phasenweise) Finanzmarktkrisen und Marktpreisschwankungen verstärken. Indikatoren, Zwischenziele und der Transmissionsprozeß der deutschen Geldpolitik seien durch Finanzderivate dagegen bislang nur in geringem Maße beeinträchtigt worden. Zahlreiche Warnungen aus dem Kreis der Diskutanten bezogen sich auf die kaum abschätzbaren Gefahren von Derivaten, insbesondere auf das mit ihrem Volumen steigende „Systemrisiko“ und die „Illusion der Sicherheit“, mit Derivaten (nahezu) alle Risiken abdecken zu können. Kontrovers diskutiert wurde die Frage, ob massivere staatliche Regulierungen oder eine Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Marktteilnehmer vorzuziehen seien, wobei die empirisch kaum zu erfassende Abgrenzung zwischen Spekulation und Hedging (80:20?) eine große Rolle spielte. Mit Bezug auf die bislang bekannt gewordenen Fälle von Verlusten aus Derivatgeschäften wurde vor allem das offenbar ungenügende diesbezügliche Fachwissen in den Chefetagen der Banken kritisiert.

Einen instruktiven Einblick in die Spezialmaterie der Derivatgeschäfte vermittelte der Beitrag von Dipl.-Kfm. *Heinrich Linz* und Dipl.-Wi.-Ing. *Thomas Röder* (Dresdner Bank AG, Frankfurt/M.) über „Risiko-Management eines Derivat-Portfolios: Chancen und Risiken für Banken und Aufsicht“. Im ersten Teil wurden in einer „technischen“ Analyse die Risiken erläutert und das Management spezieller und globaler Derivat-Risiken vorgestellt. Mit zahlreichen Demonstrationen wurden die methodischen Ansätze und empirischen Berechnungen unterlegt. Der zweite Teil skizzierte die Entwicklung des Risiko-Managements, die zukünftige Rolle der Derivate an den Finanzmärkten und die möglichen Chancen und Probleme für die Geschäftsbanken und die Aufsicht. Die großen Banken, so die Perspektive, sollten sich zu globalen Risiko-Sammelstellen entwickeln und die dafür erforderlichen Produktinnovationen verstärkt vorantreiben. Die Autoren begrüßten die Initiative, künftig neben den Standard-(Berichts-)Modellen der BIZ und der EU auch interne Bankmodelle zur Risikobegrenzung zuzulassen. In der Diskussion wurden Zweifel angemeldet, ob die dargestellten (bankinternen) Methoden des Risikomanagements auch die Bankenaufsicht überzeugen könnten, ferner, ob sie auch zur Abwendung von Systemrisiken geeignet seien, schließlich, daß selbst „Worst Case-Szenarien“ letztlich nicht sämtliche Risiken erfassen könnten. Mit der Schaffung ständig neuer Produktzyklen im Derivatgeschäft gingen verstärkte Kundenrisiken einher, denen – so die Forderung – mit einer intensiveren Kundenberatung begegnet werden müßte.

Mit dem in Zukunft immer drängenderen Problem der Sicherung der Altersrenten beschäftigte sich die Studie von PB Dr. *Helmut Reisen* (OECD, Paris) über „Alterssicherung, Pensionsfonds und die aufstrebenden Aktienmärkte“. Unter dem Druck steigender Alterslastquotienten verblieben den Politikern in den alternden OECD-Ländern nur noch sehr unattraktive Auswege, die das bislang noch dominierende staatliche Umlageverfahren zunehmend obsolet machen würden. Unausweichlich sei daher der Übergang zu privaten, kapitalgedeckten Pensionsfonds. Den Dimensionen der Sicherung der Altersvorsorge könne aber nur dann wirksam entsprochen werden, wenn den Pensionsfonds eine verstärkte Internationalisierung ihrer Portfolios gestattet würde, um das optimale Ertrags-Risiko-Profil zu realisieren. Dies gelte insbesondere für Investitionen in die aufstrebenden (Aktien-)Märkte der Schwellenländer. Der Beitrag analysierte die wichtigsten Voraussetzungen, Chancen und Risiken, skizzierte die zunehmende Bedeutung der Pensionsfonds für die Finanzmärkte und stellte ein Anlageszenario für das Jahr 2000 vor. In der Diskussion wurde bekräftigt, daß zahlreiche europäische Länder das Vordringen und die Internationalisierung von Pensionsfonds

durch diskriminierende Regulierungen behinderten („Kapitalverwendungsprotektionismus“). Andererseits wurde bezweifelt, ob in Deutschland eine Umstellung vom bisherigen Umlageverfahren auf private, kapitalgedeckte Pensionsfonds überhaupt möglich sei, ferner, wie es angesichts der mit Auslandsanlagen in „Emerging Markets“ behafteten Ausfallrisiken um die Sicherheit und Vorteilhaftigkeit derartiger Anlagen bestellt sei.

Die Referate der Tagung werden in Kürze in den „Schriften des Vereins für Socialpolitik“ erscheinen. Die nächste (27.) Ausschußtagung wird am 23. und 24. Febr. 1996 in Frankfurt/M. im Hause der Deutschen Bundesbank stattfinden und zwei Themen-Schwerpunkte setzen: „Monetäre Integration in Europa“ und „Bankenregulierung“.

Prof. Dr. Dieter Duwendag, Speyer

Ausschuß „Unternehmensrechnung“

Der Ausschuß tagte am 31.3. und 1.4.1995 auf Einladung von Prof. *Josef Kloock* an der Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg. Das Thema der Tagung „Unternehmensrechnung als Instrument der internen Steuerung“ war neueren Entwicklungen im Bereich des internen Rechnungswesens gewidmet.

Prof. Dr. *Hans-Ulrich Küpper*, Universität München, wählte als Ausgangspunkt seines Eröffnungsvortrags „Unternehmensplanung und -steuerung mit pagatorischen oder kalkulatorischen Erfolgsrechnungen?“ den von der Siemens AG als „Paradigmenwechsel“ bezeichneten Übergang auf eine am Umsatzkostenverfahren der GuV angelehnte, stärker pagatorisch ausgerichtete interne Erfolgsrechnung und erörterte zunächst die von der Siemens AG hierfür genannten Gründe. In den weiteren Ausführungen wurde die theoretische Begründbarkeit des praktischen Vorgehens durch eine grundsätzliche Analyse rekonstruiert, die neuere theoretische Entwicklungen der modernen Kostenrechnung einbezog. Ein Ansatzpunkt für die von Siemens gewählte Vorgehensweise liegt nach Küpper in dem höheren Objektivierungsmaß einer stärker buchhalterisch geprägten Rechnung, wohingegen hinsichtlich der „Zielausrichtungsfunktion“ derartiger Rechnungen eher Beeinträchtigungen festgestellt werden müssen. Die Vorteile der Ableitung von Erfolgsrechnungen aus vergangenheitsorientierten, buchhalterisch periodisierten Zahlungen sind eher im praktischen Bereich zu suchen. Für die Orientierung der Kostenrechnung an längerfristigen Erfolgszielen ist hingegen die Ausrichtung der Kostenrechnung an planungsorientierten Zahlungsrechnungen notwendig.

Prof. Dr. *Josef Kloock*, Halle, eröffnete seinen Vortrag „Kalkulatorische Erfolgsrechnung aus investitionstheoretischer Sicht“ mit der Feststellung, daß die ehemals als fundiert angesehenen, theoretischen Grundlagen der Kostenrechnung in den letzten Jahren erschüttert worden seien; insbesondere hätten verschiedene Autoren zeigen wollen, daß sich Teilkostenrechnungen in zahlreichen Verwendungsweisen als unbrauchbar herausstellen würden. Kloocks Modellanalyse machte im wesentlichen deutlich, daß entgegen üblicher Denkweise auch im Fall sicherer Prognosen von Erfolgsgrößen proportionalisierte Fixkosten entscheidungsrelevant sein können; durch der kurzfristigen Planung vorgelagerte Investitionsentscheidungen werden Potentialfaktorbestände als Restriktion indirekt entscheidungswirksam, woraus jedoch nicht die generelle Entscheidungsrelevanz von

Fixkosten folgt. Weiterhin zeigte Kloock, daß bei Unsicherheit und Verwendung risikoorientierter Zielfunktionen sichere Fixkosten keine Begründung für eine Vollkostenrechnung liefern können. Zumindest für den Einsatz der Kostenrechnung zur Lösung operativer Planungsprobleme läßt sich keine adäquate Diskussion des Fixkostenproblems ohne explizite Berücksichtigung des kapazitiven Niederschlags vorausgegangener Investitionsentscheidungen vornehmen.

Prof. Dr. *Alfred Wagenhofer*, Graz, analysierte in dem Referat „Verzerrte Kostenzurechnung zur Verbesserung von Preisentscheidungen“ ein Agency-Modell, das die Vorteilhaftigkeit einer „verzerrten“ Zurechnung variabler Gemeinkosten gegenüber einer „exakten“ Zurechnung zeigte. Die Ergebnisse der Kostenzurechnung sollen Manager auf einem Duopolmarkt zu bestimmten, langfristig vorteilhaften, reputationserhöhenden Verhaltensweisen in einem Preiswettbewerb motivieren. Mit den Analyseergebnissen wird Kritikern u. a. von seiten der sog. „Prozeßkostenrechnung“ entgegengetreten, die die Quersubventionierung zwischen Produkten durch „verzerrte“ Zurechnung von Kosten zu monieren pflegen. Aus den unter einschränkenden Prämissen abgeleiteten Schlußfolgerungen folgerte Wagenhofer jedoch nicht, daß die für die Verhaltenssteuerung bestimmten, „richtig verzerrten“ Kosten als Grundlage operativer Entscheidungen Verwendung finden könnten. Die Ausführungen verdeutlichten in pointierter Weise, daß in der Kostenrechnung die Notwendigkeit der Spezifikation des Zweckbezugs der Rechnung gerade bei der denkbaren Prämissenvielfalt der Modellbildung besondere Beachtung verdient.

Prof. Dr. *Dieter Pfaff*, Zürich, verwendete in dem Vortrag „Der Wert von Kosteninformationen für die Verhaltenssteuerung in Unternehmen“ wie Küpper die aus der Praxis kommenden Bestrebungen, Kosten- und Leistungs- durch Aufwands-Ertrags-Größen zu ersetzen, als Ausgangspunkt und suchte nach theoretischen Rechtfertigungen hierfür. Eine von Pfaff vorgelegte Modellanalyse zeigte, daß für Unternehmen Anlaß bestehen kann, über pagatorische oder aus diesen abgeleiteten Größen hinaus zusätzliche Kosteninformationen zu erzeugen. Durch Erzeugung solcher Informationen kann der Principal seinen für die Lösung von moral hazard- und adverse selection-Problemen notwendigen Informationsstand verfeinern. Laut der Modellanalyse von Pfaff ist die dem Principal unterstehende Zentrale im Modell bereit, für die spezifischen Kosteninformationen um so mehr auszugeben, je stärker das adverse selection-Problem gegenüber dem moral hazard-Problem an Bedeutung gewinnt.

Als Vorsitzender des Ausschusses wurde Prof. Dr. *Schildbach*, Passau, gewählt. Die Tagung 1996 wird auf Einladung von Prof. *Pfaff* in Zürich stattfinden und dem Rahmenthema „Rechnungswesen und ökonomische Theorie“ gewidmet sein.

Prof. Dr. Franz W. Wagner, Tübingen

Dogmenhistorischer Ausschuß

Der Dogmenhistorische Ausschuß des Vereins für Socialpolitik hat seine Jahrestagung 1995 am 6. und 7. April in Maria Plain bei Salzburg abgehalten (örtlicher Tagungsleiter Prof. *J. Wysocki*), und zwar zum Thema „Die Umsetzung wirtschaftspolitischer Grundkonzeptionen in die kontinentaleuropäische Praxis des 19. und 20. Jahrhunderts“. Sieben Referate, und zwar von Prof. *N. Kloten* (2 Referate), Prof. *R. Klump*, Prof. *H. G. Nutzinger*, Prof. *B. Priddat*, Prof. *K.-H. Schmidt* und dem Vorsitzenden wurden gehalten.

Prof. Dr. Dr. h.c. *Norbert Kloten*

Der theoretische Hintergrund der Deutsch-Deutschen Währungsunion

Prof. Dr. *Reinhard Klump*

Wege zur Sozialen Marktwirtschaft – die Entwicklung ordnungspolitischer Konzeptionen in Deutschland vor der Währungsreform

Diskussionsvotum: Prof. Dr. *Hans G. Nutzinger*:

Christliche und christlichsoziale Einflüsse im Ordoliberalismus

Diskussionsvotum: Prof. Dr. Dr. h.c. *Norbert Kloten*

Der Einfluß der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath

Prof. *Karl-Heinz Schmidt*

Gustav Schmoller und die Entwicklung einer sozialpolitischen Schule in Deutschland

Prof. Dr. *Birger P. Priddat*

Volkswirtschaftspolizei bzw. -politik als Kunstlehre der Beamten-Juristen. Zur Theorie und Praxis der ‚angewandten Volkswirtschaftslehre‘ im frühen deutschen 19. Jahrhundert

Prof. Dr. *Erich W. Streißler*

Der Wirtschaftsliberalismus in Mitteleuropa: Umsetzung einer wirtschaftspolitischen Grundkonzeption?

Die nächste Ausschußtagung wird zum gleichen Generalthema am 28. und 29. März 1996 in Maastricht (NL) unter der örtlichen Tagungsleitung von Prof. *J. G. Backhaus* abgehalten werden.

Prof. Erich W. Streißler, Wien

Ausschuß für Umwelt- und Ressourcenökonomie

Die Jahrestagung des Ausschusses fand am 29. und 30. April in Bad Waldsee statt. Die Tagung war nicht thematisch abgegrenzt. Es nahmen 20 Mitglieder und 5 Gäste teil. 8 Referate wurden vorgetragen.

Prof. Dr. *Jürgen Franke* (TU Berlin) referierte über „Betriebliches Umweltmanagement und staatliche Umweltpolitik“. Die größere Beachtung und Verbreitung des Umweltmanagements in Wissenschaft und Praxis sowie die Vorgabe von Managementsystemen durch den Staat gibt Anlaß zu der Vermutung, daß die traditionelle Sicht eines Konflikts zwischen der Verwirklichung von Umweltzielen und dem unternehmerischen Gewinnziel neuerdings durch wachsende Möglichkeiten zur Gewinnerzielung durch Umweltschutz verändert worden ist.

Optimismus in dieser Hinsicht zeigt sich im 5. Umweltprogramm der EU und auch in deren Verordnungen zum Öko-Audit und zur integrierten Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung. Obwohl die Öko-Audit-Verordnung eine in Deutschland noch vorwiegend ablehnend betrachtete Entwicklung ist, gibt sie den Unternehmen eine Stütze durch Formulierung der notwendigen Managementelemente und führt damit nicht nur zu einem überlegenen Selbstvoll-

zug, sondern auch zur Suche und Nutzung von Umweltmaßnahmen im Gewinninteresse. Sie kann auch als den organisatorischen und technischen Fortschritt anregend angesehen werden und bietet sogar Chancen zur Deregulierung. Für weitergehende Deregulierungsmaßnahmen und eventuellen Verzicht auf Weiterentwicklung des Ordnungsrechts sollten allerdings die Erfahrungen mit der Durchführung des Audit abgewartet werden. Eine Degeneration des Systems würde dann die staatliche Umweltpolitik in Frage stellen. Auch die Weiterentwicklung zur Selbstregulierung, d.h. der inhaltlichen Bestimmung der Umweltpolitik durch die Wirtschaft selbst, ist heute noch nicht ohne weitere Prüfung und Erfahrung denkbar. Das Koreferat hielt Prof. Dr. *Helmut Karl*.

Dr. *Bernd Hansjürgens* (Marburg) sprach zum Thema „Zur unterschiedlichen Durchsetzbarkeit von Umweltsteuern und Umweltsonderabgaben – Anmerkungen aus dem Blickwinkel der Neuen Politischen Ökonomie“. Er ging von der Beobachtung aus, daß im politischen Raum bei der konkreten Ausgestaltung von Umweltabgaben in Deutschland den Umweltsonderabgaben zumeist ein Vorrang vor Umweltsteuern eingeräumt wird, und beschäftigte sich dann mit der Frage, welche (positiven) Erklärungsansätze für diese Beobachtung herangezogen werden können. Dabei wird aus dem Blickwinkel der Neuen Politischen Ökonomie das Eigennutzverhalten der politischen Akteure als grundlegend für die Durchsetzbarkeit umweltpolitischer Instrumente angesehen. Umweltsonderabgaben sind danach eher in der Lage, die partikularen Gruppeninteressen von Unternehmen, Wählern, Politikern und Bürokraten zu befriedigen. Das Koreferat hielt Dr. *Erik Gawel*.

Dr. *Michael Rauscher* beschäftigte sich mit dem „Einfluß von Interessengruppen auf die Umweltpolitik in offenen Volkswirtschaften. Wenn die üblichen handelspolitischen Instrumente nicht zur Verfügung stehen, können importkonkurrierende Industrien auf indirekte Weise vor ausländischen Wettbewerbern geschützt werden können. Eine Möglichkeit dazu bietet die Umweltpolitik, denn die Wettbewerbsfähigkeit eines inländischen Sektors kann durch niedrige Emissionssteuern sowie durch geeignete Wahl von Produktstandards verbessert werden. Es wird ein Partialmodell eines inländischen Marktes mit ausländischer Substitutionskonkurrenz untersucht, in dem die Umweltpolitik verschiedene Instrumente zur Verfügung hat und zwei Lobbies versuchen, Einfluß auf den politischen Prozeß zu nehmen. Der Prozeß der Vereinnahmung der Regulation durch die Regulierten wird über eine Political-support-Funktion modelliert. Einige Resultate erscheinen zunächst kontraintuitiv, z.B. daß sich ein zunehmender Einfluß des sektorspezifischen Faktors positiv auf die Emissionssteuersätze und gar nicht auf die Regulierung des Konsums ausländischer Güter niederschlägt. Dies wird dadurch erklärt, daß rationale Regulierer immer die effizientesten Politikinstrumente zum Schutz der Lobby-Interessen wählen. Im Fall des großen Landes zeigt sich, daß unter Umständen Lobbies durch ihr Verhalten unbeabsichtigt externe Effekte internalisieren, die sich aus dem Gefangenendilemma eines internationalen Umweltpolitikspiels ergeben. Das Koreferat hielt Prof. Dr. *Rüdiger Pethig*.

Prof. Dr. *Thomas Wagner* (Nürnberg) untersuchte die Problemstellung „Dauerhafte öffentliche (Un-)Güter. Ist eine myopische Regulierung von CO₂-Emissionen besser als keine?“ In einem Modell überlappender Generationen mit konstanter Bevölkerung produziert der Unternehmenssektor mit einem Rohstoff ein Gut für den Konsum oder die Investition. Die Ersparnis der Haushalte ist u.a. von dem Bestand eines Schadstoffs abhängig, der mit dem Rohstoffinput in der Produktion entsteht, aber unternehmensintern entsorgt werden kann.

Eine Regierung, die eine utilitaristische Wohlfahrtsfunktion maximiert und mit Lizenzkontingenten den Schadstoffausstoß des Unternehmenssektors reguliert, kann einen dynamisch effizienten stationären Wachstumspfad realisieren mit einem Diskontfaktor, der gleich dem Steady-state-Wert der Zeitpräferenzrate der Privaten ist. Auch eine myopische Regierung, deren Diskontrate größer als die Zeitpräferenzrate der Privaten ist, hat die Wahl zwischen der Laissez-faire-Politik und der Strategie, die Emissionen zu verringern. In einem Beispiel wird demonstriert, daß jede Generation eine aktive Emissionsreduktionspolitik der myopischen Regierung einer Laissez-faire-Politik vorzieht. Dennoch kann die Folge der myopischen Regulierungsmaßnahmen u.U. einen Steady-state erzeugen, in dem es der Bevölkerung schlechter geht als im Steady state der Laissez-faire-Ökonomie. Das Koreferat hielt PD Dr. *Oskar von dem Hagen*.

Prof. Dr. *Ulrich Hampicke* (Kassel) untersuchte „Zeitliche Diskontierungen in Ökonomie und Ethik“ zur Beantwortung der (normativen) Frage, ob die Zukunftsdiskontierung rational bzw. ethisch verantwortlich ist. Er kritisiert, daß in nahezu allen intertemporalen Optimierungsmodellen über die Nutzung natürlicher Ressourcen bei der dort verwendeten „gesellschaftlichen Zeitpräferenzrate“ unklar bleibt, inwieweit sie rein zweckrational oder aber als Ausdruck von Verteilungswerturteilen zu verstehen ist. Die Konsequenzen individueller Myopie werden mithilfe einfacher kontrolltheoretischer Überlegungen präzisiert, und es wird nachgewiesen, daß in der Literatur gelegentlich zuwenig Sorgfalt bei der Unterscheidung der marginalen Zeitpräferenzrate eines Individuums von seiner Myopierate aufgewandt wird.

Nach Hampickes Auffassung überzeugt keiner der Gründe, die für die methodische Unentbehrlichkeit der Diskontierung der Wohlfahrt künftiger Generationen vorgebracht worden sind, und er wirft die Frage auf, ob neoklassische Modelle einer effizienten Ressourcennutzung des methodischen Elements der intergenerationellen Nutzendiskontierung überhaupt bedürfen. Sein Vorschlag ist, Diskontierungen im Interesse der Effizienz auf den Umgang mit dem Zins zu beschränken und die Rücksichtnahme auf künftige Generationen in die Form expliziter, auf offengelegten Werturteilen beruhenden Randbedingungen zu analysieren. Das Koreferat hielt Prof. Dr. *Hannelore Weck-Hannemann*.

Prof. Dr. *Wolfgang Pfaffenberger* (Oldenburg) berichtete über „Probleme der russischen Stromwirtschaft in der Transformationsphase“ aus einer laufenden Untersuchung zur Transformation der Stromwirtschaft in Rußland. Grundsätzlich bietet der mit der Privatisierung begonnene Wechsel der Eigentumsrechte die Chance, eine neue Ordnung dieser Industrie zu realisieren. Angesichts der Schwäche des politischen Systems, der Problematik des Ressourcentransfers zwischen West- und Ostrußland, der strategischen Bedeutung des Energiesektors und der Erschwerung aller mikrostrukturellen Änderungen durch die große makroökonomische Instabilität ist aber nicht zu erwarten, daß diese Chance schnell genutzt werden kann.

In der Stromwirtschaft wurde eine zentrale landesweit tätige Aktiengesellschaft gebildet, die alle großen Erzeugungseinheiten, das Verbundnetz und Aktienanteile an den für die Regionen gebildeten regionalen Aktiengesellschaften umfaßt. Auf der Grundlage der Reformdiskussion im Westen diskutiert Pfaffenberger Optionen für die Gestaltung in Rußland und zeigt die aus den Interessengegensätzen der Akteure resultierenden Veränderungstendenzen. Diese bestätigen tendenziell die Hypothese, daß der hohe Grad der Zentralisierung nach der Reform eine Übergangsform darstellt, weil er mit der höheren Eigenständigkeit der Teilsysteme

nicht vereinbar ist. Andererseits sind neue Formen der Koordination noch kaum zu erkennen.

Prof. Dr. *Alexander Karmann* (Dresden) legte einen Beitrag „Zum Überwachungsproblem bei multiplen Verschmutzungsquellen: Ein Vergleich von Multi-task- und Multiagenten-Anreizmechanismen“ vor. Dazu führte er zwei verschiedene linear-quadratische Prinzipal-Agent-Modelle ein. In dem einen muß ein einziger Agent mehrere Aufgaben durchführen, während in dem anderen mehrere Agenten eine bestimmte Aufgabe durchführen müssen. Für beide Modelle werden optimale Prinzipal-Agent-Verträge abgeleitet, und es stellt sich heraus, daß unter bestimmten Bedingungen das Problem der multiplen Agenten mit einer Aufgabe auf das Problem der multiplen Aufgaben mit einem Agenten zurückgeführt werden kann.

Die umweltökonomisch relevante Interpretation besteht darin, daß Schadstoffe an multiplen Raumpunkten emittiert werden und eine regulierende, Transaktionskosten minimierende Behörde überlegt, ob es günstiger ist, nur eine einzige Firma vertraglich für die Schadstoffemissionen an allen Standorten verantwortlich zu machen, oder mit mehreren Firmen zu arbeiten. Der Vorteil der zweiten Strategie ist die Vermeidung der moralischen Gefahr (*moral hazard*) somit die Verringerung der Kosten der informationsmäßigen Asymmetrien. Es zeigt sich, daß die optimale Lösung vom Ausmaß der räumlichen Korrelation zwischen verschiedenen umweltverschmutzenden Produktionsstätten abhängt sowie von der Risikoaversion der beteiligten Akteure. Das Koreferat hielt Prof. Dr. *Udo Ebert*.

Dr. *Holger Wacker* (Oldenburg) sprach „Zur Ökonomik der Nutzung von Räuber-Beute-Systemen“. Er weist darauf hin, daß die Literatur zu Multi-Spezies-Modellen mit wesentlichen nicht-linearen biologischen und ökonomischen Interdependenzen kaum entwickelt ist. Unter Verwendung der optimalen Kontrolltheorie wird für den Fall zweier Spezies, die in einer Räuber-Beute-Beziehung interagieren, die Ökonomie der Ernte einer der beiden Arten analysiert. Fragen der Existenz, Eindeutigkeit und Stabilität werden untersucht.

Es stellt sich heraus, daß sich die goldene Ernteregulierung im stationären Zustand durch einen zusätzlichen „Produktivitätseffekt“ ändert, wenn ein Räuber-Beute-System geerntet wird. In dem Fall, daß nur eine der beiden Spezies geerntet wird, werden die lokalen Stabilitätsbedingungen in einem Phasendiagramm diskutiert. Wenn bei der Ernte der Ressourceneinsatz (annähernd) konstant gehalten wird, was im Falle der Fischerei plausibel ist, falls die Fischerboote nicht zum Fang verschiedener Fischarten einsetzbar sind, dann kann ein Grenzyklus des Systems ausgeschlossen werden. Die Ergebnisse des Steady-state werden mit dem Ein-Spezies-Fall verglichen. Das Koreferat hielt Prof. Dr. *Hans W. Gottinger*.

Es wurde vereinbart, daß die nächste Ausschußtagung am 26. und 27. April 1996 stattfinden soll.

Prof. Dr. Rüdiger Pethig, Siegen

Ausschuß zum Vergleich von Wirtschaftssystemen

Der Ausschuß zum Vergleich von Wirtschaftssystemen tagte vom 17. - 19. September 1995 in Wels bei Linz zum Thema „Entstehung und Wettbewerb von Systemen“. Es wurden insgesamt sieben Referate gehalten.

Als erster referierte Prof. Dr. *Philipp Herder-Dorneich* über „Ideodynamik der ökonomischen Systemtheorie – Weiterentwicklung und Paradigmenwechsel im Systemdenken“. *Herder-Dorneich* unterscheidet zwischen der Entwicklung der Wirklichkeit einerseits und der Ideen über die Wirklichkeit andererseits. Wissenschaftliche Ideen über die Wirklichkeit halten nach *Herder-Dorneich* nicht immer mit der Wirklichkeit Schritt. Größere und im Zeitablauf zunehmende Diskrepanzen weisen auf die mögliche Existenz von Kartellen hin, die einen durch die Entwicklung der Wirklichkeit notwendig gewordenen Paradigmenwechsel verhindern. *Herder-Dorneich* vermutet eine solche Kartellbildung im Bereich der Ordnungstheorie seit den 50er Jahren. Die seit den 30er Jahren entstandene Ordnungstheorie sei in der Denktradition dessen entstanden, was man Substanzontologie nennen könne: Sie lasse sich zurückführen auf *Aristoteles* und suche nach Erkenntnis einzelner Dinge und ihrer Substanz und nicht der Beziehungen der Dinge zueinander. Diese tradierte Denkweise sei jedoch heute in den Sozialwissenschaften nicht mehr angemessen, weil die Vernetzung der Einzelatbestände in einer immer komplexer werdenden Welt keine isolierte Betrachtung mehr zulasse. Statt dessen sei strukturontologisches Denken geboten, das sein Augenmerk weg von Einzelatbeständen und hin zu komplexen Beziehungsgeflechten wende. Im Bereich der Ordnungstheorie läßt sich nach *Herder-Dorneich* die Notwendigkeit zum Paradigmenwechsel insbesondere daran erkennen, daß diese ihren ursprünglichen Dualismus bis heute nicht überwinden konnte und insofern im substanzontologischen Denken gefangen sei. Auch neuere Ansätze insbesondere aus dem angelsächsischen Raum änderten an diesem Befund nichts, weil es praktisch keine Versuche gegeben habe, diese Ansätze in die Ordnungstheorie zu integrieren. *Herder-Dorneich* appelliert deshalb an die Ordnungstheoretiker, sich dem seiner Ansicht nach unumgänglichen Paradigmenwechsel von der Substanzontologie zur Strukturontologie nicht mehr länger zu verweigern.

Das zweite Referat wurde von PD Dr. *Helmut Leipold* zum Thema „Zur Pfadabhängigkeit institutioneller Entwicklung“ gehalten. *Leipold* setzt seine Untersuchung an der üblich gewordenen Unterscheidung von „Choice within Rules“ und „Choice of Rules“ an und zeigt anhand des Problems der Pfadabhängigkeit, daß „Choice of Rules“ nur sehr bedingt als Ergebnis rationaler Wahlhandlungen erklärbar ist. Die Pfadabhängigkeit von Institutionen ist dabei insbesondere auf Netzwerkexternalitäten zurückzuführen. *Leipold* verfolgt diesen Gedankengang zunächst im Werk von *Douglas C. North*. Sodann zeigt er entsprechende Ansätze im *Hayekschen* Werk auf, wengleich sich der Begriff der Pfadabhängigkeit hier nicht explizit ausmachen läßt. Schließlich werden einige neuere Ansätze dargestellt und kritisch kommentiert. Abschließend würdigt *Leipold* die Idee der Pfadabhängigkeit als Bedingungsfaktor für institutionelle Entwicklung, weist aber darauf hin, daß die Erforschung des institutionellen Wandels erst am Anfang stehe. Insofern sei auch noch nicht abzusehen, ob sich die Erforschung der Pfadabhängigkeit auf einem Holz- oder auf einem Königsweg befinde.

Das dritte Referat hielt Prof. Dr. *Hans-Rudolf Peters* über „Herrschaftspole als Erklärungsansatz für die Entstehung und Transformation realtypischer Wirtschaftssysteme: Der Testfall DDR.“ *Peters* sieht Herrschaftspole als Machtzusam-

menballungen und Einflußzentren innerhalb eines Systembereichs, die entweder aus eigener Kraft oder durch Verflechtung mit Herrschaftspolen aus dem Systemumfeld in der Lage sind, Individuen, Gruppen und Institutionen – auch gegen deren Willen – zu beherrschen. Eine unveränderte Anordnung von Herrschaftspolen in einer Gesellschaft stabilisiert die bestehende Wirtschaftsordnung, während Verschiebungen in den Herrschaftspolen ordnungspolitische Reformen erzwingen oder gar Systemtransformationen auslösen. *Peters* wendet die Theorie der Herrschaftspole auf den Testfall DDR an, wobei er damit sowohl die Entstehung und Entwicklung, als auch den Zerfall des monopolisierten politisch-staatlichen Herrschaftspols dieses Systems zu erklären versucht.

Das Referat von PD Dr. *Barbara Krug* behandelte das Thema „Marktwirtschaft als Problem des ‚Institution-building‘ von unten: Das Beispiel China“. *Krug* zeigt auf, daß die seit Ende der 70er Jahre zu beobachtende Agrarreform nicht von der zentralen Führung in Peking initiiert, sondern auf der dörflichen Ebene eigenmächtig vorangetrieben wurde. Seit dieser Zeit wird ohne explizite Absprache mit Peking den Bauern Land überlassen, wobei die Überlassung dem *Usus-fructus*-Prinzip auf der Grundlage von Ernteteilungsverträgen folgt, die zwischen Dorf und Bauern ausgehandelt werden. *Usus-fructus*-Prinzip und Ernteteilungsverträge sind keine neuen Institutionen, sondern lassen sich schon im China der Tang Dynastie nachweisen. Aus institutionentheoretischer Sicht ist es interessant zu fragen, warum sich diese institutionellen Arrangements auf der dezentralen Ebene ergeben haben und vor allem, warum sie sich über so viele Jahre hinweg als stabil erwiesen haben. Mit dieser Perspektive stellt *Krug* abschließend die Frage, ob mit diesen beiden Institutionen ein Sonderweg Chinas markiert wird. Dies kann nicht ohne weiteres bejaht werden, zumal beide Institutionen in bestimmten Zeiten weltweit vorzufinden waren und sind. China-spezifisch ist allerdings zu werten, daß sie sich im „kollektiven Gedächtnis“ der Chinesen auch über einen großen Zeitraum gehalten haben und nun auf der dörflichen Ebene reaktiviert werden.

Ansätze zur Erklärung der Entstehung von Geldsystemen wurden von Dr. *Raimund Dietz* im Rahmen seines Referats über „Geld in der Neoklassik und bei *Georg Simmel*. Der Versuch einer Interpretation“ behandelt. Vor dem Hintergrund der Probleme, die die neoklassisch-walrasianische Welt mit dem Phänomen des Geldes hat, stellt er die abseits des Mainstream liegende Interpretation des Geldes bei *Georg Simmel* dar. So bewirke das Geld bei *Simmel* einen Prozeß der Objektivierung der hinter den Tauschprozessen der modernen Wirtschaft stehenden subjektiven Welt der Bedürfnisse. Während daher das Geld in der Neoklassik nicht einmal in ihr System integrierbar sei, nehme es in der Theorie *Simmels* eine für das Verständnis realer Prozesse zentrale Rolle ein.

Das Referat von Prof. Dr. *Uwe Vollmer* war dem Thema „Entstehung und Wettbewerb von Zentralnotenbanken“ gewidmet. *Vollmer* stellt darin zwei Erklärungsansätze zur Entstehung von Zentralnotenbanken gegenüber. Die marktevolutorische Sichtweise interpretiert die Entstehung von Zentralnotenbanken als spontanen Marktprozeß, in dem sich das wettbewerbliche Angebot von Basisgeld als nicht überlebensfähig erwiesen hat und daher konsequenterweise zentrale Notenbanken entstanden sind, die aufgrund ihrer Monopolstellung unter staatliche Kontrolle gebracht und schließlich ganz verstaatlicht wurden. Die staatskonstruktivistische Sicht führt die Entstehung von Notenbanken auf staatliche Interventionen zurück, wobei der Staat ein an sich funktionierendes wettbewerbliches Angebot an Basisgeld aus verschiedenen Motiven heraus verstaatlichte. *Vollmer* zeigt anhand historischer Daten auf, daß es in der Regel kein Marktversagen war, das den Staat zur Nationalisierung des Geldes veranlaßt hatte, sondern daß politische

und vor allem auch fiskalische Motive im Vordergrund standen: Dies weise auf eine Überlegenheit der staatskonstruktivistischen Sichtweise hin. *Vollmer* bringt seine Erkenntnisse sodann in die Diskussion um die Europäische Zentralbank ein. Da er zuvor die Auffassung vertreten und begründet hatte, daß durchaus kompetitive Geldsysteme denkbar sind, verneinte er die Notwendigkeit einer europäischen Zentralbank. Sie beinhaltet aus der Sicht *Vollmers* vielmehr die Gefahr noch umfassenderer Instabilitäten der künftigen Geldmengenentwicklung und erscheint daher seiner Meinung nach auch als kaum wünschenswert.

Schließlich referierte Prof. Dr. *Manfred E. Streit* zum Thema „Systemwettbewerb versus Harmonisierung im europäischen Integrationsprozeß“. *Streit* diskutiert in seinem Beitrag das in der europäischen Integration lange dominierende Konzept der Harmonisierung und das neuerlich verstärkt in den Mittelpunkt gerückte Konzept des Systemwettbewerbs. Er beschäftigt sich dabei mit den möglichen Wirkungen des Systemwettbewerbs, wobei er betont, daß insbesondere die Grenzen des Systemwettbewerbs noch weiterer Erforschung bedürfen. Hinsichtlich der Harmonisierung als Integrationskonzept vertritt *Streit* dezidiert die Auffassung, daß das Konzept der Harmonisierung dem Konzept des Systemwettbewerbs nachzuordnen sei und daß die gängigen ökonomischen Argumente für eine Harmonisierung keineswegs unanfechtbar seien. Abschließend ging *Streit* noch auf die in der Geschichte nicht selten anzutreffende privatautonome Regelbildung ein. Sie stehe nicht nur in Konkurrenz zu staatlichen oder suprastaatlichen Harmonisierungsbestrebungen, sondern sie könne sich auch aufgrund ihres spontanen Charakters in mancher Hinsicht durchaus als überlegene Alternative erweisen.

Die Referate wurden jeweils anschließend von den folgenden Korreferenten eingehend kommentiert: Prof. Dr. *H. Jörg Thieme* (*Herder-Dorneich*), Prof. Dr. *Viktor J. Vanberg* (*Leipold*), Prof. Dr. *Siegfried G. Schoppe* (*Peters*), Prof. Dr. *Carsten Herrmann-Pillath* (*Krug*), Prof. Dr. *Jürgen Backhaus* (*Dietz*), Prof. Dr. *Karl-Hans Hartwig* (*Vollmer*) und Prof. Dr. *Paul J. J. Welfens* (*Streit*). Auf einmütigen Beschluß der Mitgliederversammlung sollen die Referate und Korreferate in einem Sammelband veröffentlicht werden. Die nächste Tagung des Ausschusses findet vom 22. - 24. September 1996 in Kassel zum Thema „Institutionelle Probleme der Systemtransformation“ statt.

Prof. Dr. Dieter Cassel, Duisburg